

AKTUELLE CHRONIK (März - Mai 1983)

von
Herbert Kaminski

A S I E N - P A Z I F I K - R E G I O N

Vom 7.-12.3. fand in Neu-Delhi die 7. Gipfelkonferenz der Blockfreien-Bewegung statt, an der 101 Mitgliedsstaaten teilnahmen und der Sitz Kambodschas unbesetzt blieb. Die Konferenz verabschiedete eine 55seitige "Politische Erklärung", eine 83seitige "Wirtschaftliche Erklärung", ein "Aktionsprogramm für wirtschaftliche Zusammenarbeit" (untereinander) und eine "Erklärung über kollektive Eigenständigkeit". Im Mittelpunkt der Erklärungen stehen die Warnung vor der wachsenden Gefahr eines nuklearen Konflikts und ein Appell an die Atomkräfte, ihre Kernwaffen abzurüsten, sowie die Forderungen nach Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise, Schaffung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und Einberufung einer globalen Konferenz über Währung und Finanzen. Die indische Premierministerin Indira Gandhi ist für die nächsten drei Jahre Sprecherin der Blockfreien-Bewegung.

Am 5.3. erklärte US-Außenminister Shultz in San Francisco, daß die USA bei ihren Verhandlungen mit der UdSSR über atomare Mittelstreckenraketen asiatische Interessen sorgfältig beachten werden. Am 8.4. erklärten sowjetische Abrüstungsexperten in Moskau, die UdSSR werde im Falle einer Übereinkunft bei den Abrüstungsverhandlungen ihre Mittelstreckenraketen nicht zerstören, sondern nach Asien verlegen, um den entsprechenden Waffensystemen der USA in dieser Region entgegen zu können.

Die deutschen Exporte nach Ost- und Südasiens stiegen 1982 um gut 5% auf 20,8 Mrd.DM, die Einfuhren sanken um 0,4% auf 29,3 Mrd.DM. Die deutschen Direktinvestitionen stiegen um 9,3% auf 2,2 Mrd.DM, diejenigen der ost- und südasiatischen Staaten in der BR Deutschland um 15,6% auf 2,1 Mrd.DM.

Vom 24.-30.3. Reise des französischen Außenministers Cheysson nach Thailand, Vietnam, Indien und Pakistan. In Hanoi erklärte Cheysson, Frankreich sei vorerst für eine weitere Präsenz der vietnamesischen Truppen in Kambodscha, um eine Rückkehr des Terror-Regimes der Roten Khmer zu verhindern.

Im April stellten ESCAP und ADB in ihren jeweiligen Jahresberichten skeptische Prognosen für die asiatisch-pazifischen Entwicklungsländer. Die Probleme sind: höhere Handelsbarrieren in den Industrieländern vor allem für Textilien und Industriegüter; sinkende Rohstoffpreise; Ernten halten kaum mit dem Bevölkerungswachstum Schritt; rückläufige einheimische und ausländische Nachfrage; geringere Privatinvestitionen. Von 1980 auf 1982 stieg das Handelsbilanzdefizit der asiatisch-pazifischen Entwicklungsländer von 22 auf 26 Mrd. US\$.

Vom 1.-11.4. Besuche des ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak in der VR China, Nordkorea, Japan und Indonesien.

S Ü D A S I E N

BANGLADESH. Freilassung von etwa 200 Studenten und Politikern am 19.3., die im Febr. 83 im Anschluß an Studentenunruhen verhaftet worden waren. Am 9.5. wurde auch die seinerzeitige Schließung der Dhaka-Universität aufgehoben.

Ab 1.4. wurde es den politischen Parteien erlaubt, Treffen in geschlossenen Räumen abzuhalten; andere politische Aktivitäten blieben verboten.

Am 10.4. forderte eine Allianz aus 15 Parteien die sofortige Abschaffung des Kriegsrechts und die Rückkehr zur Demokratie.

Am 18.4. Besuch des malaysischen Premierministers Mahathir.

Am 18.5. wurden 215 hochrangige Beamte wegen Korruption und Ineffizienz entlassen oder vorzeitig in den Ruhestand versetzt.

INDIEN. Am 3.3. entschied die Provinzregierung von Assam, zur Bekämpfung der dortigen Unruhen Militär einzusetzen, das mit Sondervollmachten ausgestattet ist: so kann ohne Warnung auf Gewalttäter geschossen werden. In den assamesischen Flüchtlingslagern besteht akute Hungersnot.

Anfang März entschied die Regierung, weitere 30 britisch-französische Kampfflugzeuge vom Typ Jaguar zu kaufen (Gesamtzahl jetzt 115).

Am 10.3. unterzeichneten Indien und Pakistan ein Abkommen über die Bildung einer Kommission zur wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit.

Am 19./20.3. gründeten die Chefminister der südindischen Staaten Tamil Nadu, Andhra Pradesh und Karnataka

sowie des Unionsterritoriums Pondicherry einen "Rat", der den gemeinsamen Autonomie-Anspruch gegenüber der Zentralregierung vertreten soll.

Am 3.4. gründete die 26jährige Maneka Gandhi, Witwe des 1980 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Sanjay Gandhi und Schwiegertochter Indira Gandhis, eine neue Partei: die Rashtria Sanjay Manch (Nationale Sanjay-Organisation), die über 800.000 Mitglieder verfügen soll und der Regierung Korruption und Entfremdung vom Volk vorwirft. Die Partei will sich u.a. für Dezentralisierung, arbeitsorientierte Ausbildung und mehr Hilfe für Landwirte einsetzen.

Anfang April schwere Unruhen der Autonomie fordernden Sikhs im Punjab; mindestens 24 Tote, über 500 Verletzte und mehr als 1.200 Verhaftete. Am 25.4. wurde ein führender Polizeioffizier vor dem Sikh-Tempel in Amritsar ermordet. Mitte April bildeten 30.000 Anhänger der Sikh-Partei Akali Dal ein Freiwilligenkorps, das zum Kampf gegen die "hinduistischen Unterdrücker" bereit ist. Religiöser Führer der Sikhs ist der 35jährige Sant Jarnail Singh Bhindranwale, Führer der Akali Dal-Partei Sant Harchand Singh Longowal.

Am 15.4. wurde ein Abkommen unterzeichnet, nach dem die BR Deutschland 370 Mio.DM und technische Hilfe für den Bau von Entwässerungsanlagen und Kraftwerken zur Verfügung stellt.

Am 17.4. schoß Indien einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn.

Über 5.000 Personen wurden verhaftet und 200 verletzt bei Demonstrationen am 10.5. gegen die Regierung des Bundesstaates Bihar.

Am 12.5. stellte die UdSSR einen weiteren Kredit von 1,4 Mrd.Rp (ca. 340 Mio.DM) zur Fertigstellung des Stahlwerks Vishakapatnam zur Verfügung. Moskau gewährte bereits 900 Mio.DM für dieses Werk, das 1986 fertig sein und eine Kapazität von 3,4 Mio.t/a haben soll.

Am 12.5. gab die indische Bürgerrechtsorganisation "Volksunion für die Verteidigung der zivilen Rechte" bekannt, daß 1982 in indischen Gefängnissen rund 1.500 politische Häftlinge an den Folgen von Mißhandlungen gestorben seien.

Die "Hindustan times" berichtete am 14.5., daß Indien nukleare Antriebsaggregate für U-Boote entwickelt.

Vom 13.-17.5. Besuch des sowjetischen Ersten Stellv. Ministerpräsidenten Archipow, der "ein perfektes Verständnis" mit Indien feststellte (u.a. Gespräche mit Premierministerin Gandhi und Außenminister Rao).

Am 28.5. warfen die Führer von 14 nationalen Oppositions- und Regionalparteien der regierenden Kongreß-Partei I. Gandhis vor, demokratische Einrichtungen abzubauen.

Ende Mai schwere Unruhen zwischen Muslims und Hindus während des Wahlkampfes im Bundesstaat Jammu und Kaschmir (Landtagswahl am 5.6.).

NEPAL. Am 2.5. Besuch des französischen Staatspräsidenten Mitterand; Gespräche mit König Birendra und Regierungschef Surya Bahadur Thapa.

PAKISTAN. Die UNESCO gab Anfang März in Islamabad bekannt, daß 17 Mio.US\$ zur Rettung von Mohenjo-Daro, eines der wichtigsten Zentren der Induskultur und eine der ältesten Siedlungsanlagen der Welt, benötigt werden. Wissenschaftler der Universität Aachen arbeiten seit vier Jahren an diesem Projekt.

Am 14.3. wurden in Karachi nach Studentenunruhen zwei Universitäten geschlossen.

Im April zwischen sunnitischen und schiitischen Muslims gewalttätige Auseinandersetzungen, zu deren Bekämpfung das Militär eingesetzt wurde.

Bis zum April hatte Pakistan bereits etwa 3 Mio. Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen (damit beherbergt es mehr Flüchtlinge als jedes andere Land der Welt); monatlich kommen weitere 25.000 hinzu; in der Nordwest-Region stellen die Afghanen inzwischen ein Sechstel der Bevölkerung; jetzt werden auch Flüchtlingslager im Landesinneren errichtet; der Unwille der pakistanischen Bevölkerung wächst.

Am 4.4. demonstrierten in Larkhana 10.000-15.000 Menschen anläßlich des 4. Jahrestages der Hinrichtung Bhuttos und forderten von der Militärregierung unter General Zia-ul-Haq die Rückkehr zur Demokratie und freie Wahlen; Hauptredner war der ehemalige Minister und Stabschef der Streitkräfte, Tikka Khan.

Am 19.4. verurteilte das oberste Militärgericht 135 Personen wegen Beteiligung an Straßenunruhen zu Auspeitschung und Haftstrafen von 1 bis 3 Jahren.

Am 20.4. informierte die pakistanische Regierung über die Weltbank die westlichen Industrieländer, daß es eine nochmalige Umschuldung seiner staatlichen Verbindlichkeiten verlangen müsse, wenn es nicht deutlich höhere Entwicklungshilfe-Zahlungen erhalte (Auslandsschuld Ende 1981 etwa 11 Mrd.US\$; Handelsbilanzdefizit 1982/83 3,44 Mrd. und Zahlungsbilanzdefizit 1,6 Mrd.US\$; etwa 80% der derzeitigen Entwicklungshilfe verbraucht der Schuldendienst).

Am 30.5. bat König Fahd von Saudi-Arabien den pakistanischen Präsidenten, die Truppen Pakistans, die auf der arabischen Halbinsel subversive, dem Islam feindlich gesinnte Elemente bekämpfen, nicht abzuziehen.

SRI LANCA. Im April/Mai Unruhen und Attentate der tamilischen Bevölkerung im Norden.

Am 13.4. Treffen des Premierministers Ranasinghe Premada mit US-Präsident Reagan in Washington.

Am 19.5. gewann die regierende Vereinigte Nationalpartei (UNP) des Präsidenten Jayawardene bei Nachwahlen 14 von 18 Parlamentssitzen. Die oppositionelle Sri Lanca Freiheitspartei (SLFP) der früheren Regierungschefin Bandaranaike erhielt 3 Sitze. Bei den gleichzeitig durchgeführten Kommunalwahlen gewann die UNP 34 von 46 Mandaten, die Tamilische Vereinigte Befreiungsfront erhielt 5. Die Kommunistische Partei erreichte weder Mandate im Parlament noch in den Kommunen.

S Ü D O S T A S I E N

ASEAN. Anfang März Industrie-Konferenz zwischen EG und ASEAN in Kuala Lumpur.

Am 24./25.3. fand in Bangkok das 4. Treffen der EG- und ASEAN-Außenminister statt. Es wurde geleitet vom amtierenden EG-Ratspräsidenten Bundesaußenminister Genscher und seinem thailändischen Kollegen Siddhi Savetsila. Das Treffen verlief harmonisch, erbrachte jedoch keine nennenswerten Ergebnisse.

Vom 24.-28.4. besuchte der australische Außenminister Hayden die Philippinen, Thailand, Singapur und Malaysia; er machte einen 6-Punkte-Plan zur Lösung des Kambodscha-Problems; in Bangkok wurde der Plan als möglicherweise nützlich bezeichnet, in Kuala Lumpur reagierte man zurückhaltend.

Vom 30.4.-10.5. Reise des japanischen Ministerpräsidenten Nakasone in alle ASEAN-Staaten und nach Brunei; er stellte weitere wirtschaftliche Hilfe und besseren Zugang zum japanischen Markt in Aussicht; er versicherte, daß Japan keine Militär-Großmacht zu werden beabsichtigt; 4.000 Jugendliche aus Südostasien sollen in den nächsten 5 Jahren für je einen Monat nach Japan eingeladen werden.

BIRMA. Am 8.4. wurden durch die Streitkräfte im Norden 36 Drogenhändler vom Stamm der Shan getötet und neun Labors zur Herstellung von Heroin zerstört. Man nimmt an,

damit eine Zentrale des illegalen Drogenhandels zerstört zu haben.

Am 17.5. trat Brigadegeneral Tin Oo, lange Zeit als möglicher Nachfolger Ne Wins angesehen, aus der Regierung aus.

BRUNEI. Am 28.3. Besuch des malaysischen Premierministers Mahathir.

Vom 14.-17.4. Gespräche des britischen Staatssekretärs für Auswärtige und Commonwealth Angelegenheiten, Lord Belstead, mit Sultan Hassan al-Bolkiah. Eine Einigung über die Stationierung britischer Gurkha-Truppen in Brunei nach Erlangung der Unabhängigkeit wurde nicht erreicht.

INDONESIEN. Vom 1.-11.3. Sitzung des 920 Mitglieder umfassenden, alle fünf Jahre einmal tagenden Volkskongresses; 4. Wiederwahl Suhartos (62) zum Präsidenten für weitere fünf Jahre; Wahl des Generals Umar Wirahadikusumah (58) zum Vize-Präsidenten anstelle des Ex-Außenministers Adam Malik; die Staatsideologie Pancasila wurde für alle Parteien und Massenorganisationen als verbindlich erklärt; die Verfassung kann jetzt nicht nur mit Zweidrittel-Mehrheit des Volkskongresses, sondern auch durch ein Referendum geändert werden; Präsident Suharto erklärte, eine Rückkehr zur Mehrparteien-Demokratie sei ausgeschlossen, da in Indonesien der Pluralismus nur Chaos bewirkt und Entwicklung unmöglich gemacht habe; wirtschaftlicher Fortschritt, neutrale Außenpolitik und strikte innenpolitische Kontrolle seien erforderlich.

Am 16.3. stellte Präsident Suharto sein neues Kabinett vor: 15 der 35 Minister sind Offiziere; Außenminister blieb Mochtar Kusumaatmadja; Verteidigungsminister wurde General Poniman als Nachfolger von General Mohammad Jusuf; Wirtschaftsminister wurde Ali Wardhana, bisher Finanzminister, als Nachfolger von Prof. Wijoyo Nitisastro; Ali Murtopo, bisher Informationsminister und enger Vertrauter Suhartos, schied aus dem Kabinett aus.

Am 30.3. Abwertung der indonesischen Währung um 27,5%; der amtliche Mittelkurs änderte sich von 702 auf 970 Rp für 1 US\$.

Am 7.4. Treffen des australischen Außenministers Bill Hayden mit Präsident Suharto; Jakarta versucht, Canberra in der Ost-Timor-Frage umzustimmen.

Am 13.4. wurde der muslimische Extremist Imran Muhammad Zain wegen Subversion hingerichtet.

Im April explodierte eine der beiden Erdgas-Produktionsanlagen in Bontang/Ost-Kalimantan: drei Tote, mehrere Ver-

letzte und voraussichtlicher Einnahmeausfall von 375 Mio. US\$.

Im Mai wurde mit dem Bau des 30 MW Mehrzweck-Forschungsreaktors im Puspipetek/West-Java begonnen; die deutsche Firma Interatom ist beteiligt.

Mitte Mai entschied die Regierung wegen sinkender Einnahmen aus den Ölexporten, den Bau von vier geplanten Großprojekten im Wert von 5,1 Mrd. US\$ vorerst aufzugeben: Aromatenanlage in Süd-Sumatra, Musi-Erdölraffinerie, Aluminiumhütte auf Bintan, Petrochemiefabrik in Aceh; auf deutscher Seite sind davon Thyssen-Rheinstahl und Klöckner betroffen.

Ende Mai lehnte es die starke muslimische Studentenorganisation HMI ab, die Staatsphilosophie Pancasila als einzige ideologische Basis zu akzeptieren.

KAMBODSCHA. Am 1.3. legte die VR China einen 5-Punkte-Plan zur Lösung der Kambodscha-Frage vor, der jedoch von Hanoi abgelehnt wurde.

Ende März/Anfang April begannen vietnamesische Truppen mit Großangriffen gegen alle drei Widerstands-Fraktionen die erwartete Frühjahrsoffensive; etwa 30.000-50.000 Menschen flohen nach Thailand; Hanois Truppen erzielten beachtliche Erfolge: Die Stützpunkte Nong Chan, O'Bok, Phnom Chat und Sihanoukville wurden erobert.

Vom 23.-27.4. Besuch Sihanouks in Paris; u.a. Gespräch mit Staatspräsident Mitterrand.

Am 30.4. überreichten Botschafter der VR China, von Nordkorea, Malaysia, Bangladesh und Mauritius dem Präsidenten der anti-vietnamesischen Dreier-Koalition, Sihanouk, in einem thailändisch-kambodschanischen Grenzlager ihre Beglaubigungsschreiben; am 10.5. auch der Botschafter Pakistans.

Am 2.5. berichtete die "Vietnam News Agency", Hanoi habe mit dem Rückzug einiger Truppen aus Kambodscha begonnen; nach thailändischen Quellen soll es sich um einen Truppenaustausch handeln.

Nach einem UN-Bericht vom 11.5. sind in Kambodscha etwa 60% der auf dem Land lebenden Kinder unterernährt.

Son Sann, Ministerpräsident der Dreier-Koalition, besuchte vom 10.-17.5. Neuseeland; dessen Außenminister Warren Cooper sagte weitere politische Unterstützung und Gewährung humanitäre Hilfe zu; Son Sann erreichte jedoch nicht alle Ziele seines Besuchs.

MALAYSIA. Am 9.3. Treffen des Premierministers Mahathir mit der britischen Premierministerin Thatcher in London.

Im März gab Datuk Lee San Choon seinen Rücktritt aus persönlichen Gründen als Präsident der Partei der "Malaysian Chinese Association" (die er seit 1974 führte) und als Transportminister bekannt. Am 1.4. verließ Datuk Mokhtar Hashim, Minister für Kultur, Jugend und Sport, das Kabinett. Am 17.4. trat Datuk Mohamed Nasir aus Gesundheitsgründen als Präsident der "Party Berjasa", Koalitionspartner der regierenden "National Front" und im Juni als Minister im Premierministeramt zurück.

Im März senkte Malaysia den Preis seines Erdöls um 5,60 US\$ pro Barrel; dies bedeutet einen Export-Einnahmeverlust von 523 Mio.US\$ und um 16% verminderte Staatseinnahmen und führt damit zu Zahlungsbilanzproblemen und der Notwendigkeit, die Staatsausgaben zu kürzen.

Der frühere Minister und elf Jahre lang bis Okt. 82 Präsident der "Party Islam", Datuk Asri Muda, gründete am 24.3. eine neue islamische Partei, die "Muslim Front Party".

Am 2.4. hob Premierminister Mahathir die seit 18 Monaten geltende Politik "Kauft british zuletzt" auf; auch öffentliche Aufträge können wieder an britische Firmen vergeben werden; die Boykottpolitik führte bei britischen Firmen zu Verlusten von 30-75 Mio.US\$.

Am 11.4. Besuch des Verteidigungsministers von Singapur, Goh Chok Tong.

Am 23.4. anti-sowjetische Demonstrationen von über 3.000 Menschen in Kota Kinabalu; Hintergrund: der stellv. sowjetische Außenminister Kapitsa soll angeblich in Singapur gesagt haben, Vietnam werde kommunistische Rebellen in Südostasien unterstützen.

Am 6.5. endete eine "Asiatisch-Pazifische Konferenz über Palästina" mit einer Deklaration.

Am 8.5. wurde Arbeitsminister Datuk Mak Hon Kam zum Geschäftsführenden Präsidenten der "Malaysian Chinese Association", nach der "United Malays National Organisation" die wichtigste Regierungspartei, ernannt.

PHILIPPINEN. Am 12.3. forderte Kardinal Sin Präsident Marcos auf, alle politischen Häftlinge zu entlassen.

Am 24.3. ernannte Präsident Marcos seinen Sohn zum Gouverneur der Provinz Ilocos Norte.

Seit 24.3. ist der Hamburger Pastor Volker Schmidt (41), der seit 1981 für die ev. Entwicklungshilfeorganisation "Dienste in Übersee" in Davao/Mindanao in der Erwachsenenbildung arbeitet, verhaftet; am 30.3. ordnete Präsident Marcos die unbefristete Inhaftierung an; Volker Schmidt wird möglicherweise wegen Kontakts zu subversiven Gruppen und Sammlung subversiven Materials angeklagt werden;

Hintergrund: Angst der Regierung in Manila vor kommunistischen Ideen und Aktivitäten.

Am 8.4. Gespräche des sowjetischen Stellv. Außenministers Kapitsa mit Präsident Marcos; die Philippinen ersuchten die UdSSR um einen Kredit von 250 Mio.US\$ zur Finanzierung eines Zement- und Kohleprojekts.

Verhaftungen aus politischen Gründen: am 26.3. der führende katholische Laienführer und Schriftsteller Karl Gaspar; am 13.4. der Journalist und Gewerkschaftsführer Antonio Maria Nieva (Entlassung nach Demonstrationen am 30.4.); am 17.4. der Oppositionspolitiker und Bürgermeister von Cagayan de Oro, Aquilino Pimentel.

Am 18.4. Gespräche des Stellv. US-Verteidigungsministers Thayer mit Präsident Marcos über die Erneuerung des Stützpunktabkommens.

Ab 26.4. führten philippinische und US-amerikanische Truppen die bisher größten gemeinsamen Manöver durch.

Am 23.5. Besuch des thailändischen Außenministers Siddhi Savetsila.

Die am 9.5. begonnenen Verhandlungen mit den USA über die Verlängerung des Stützpunktabkommens endeten am 29.5. mit Erfolg: Die USA zahlen für ihre Stützpunkte auf den Philippinen 900 Mio.US\$ für 1984-89 statt bisher 500 Mio.US\$ für 1979-83; die Entwicklungshilfe wird von 200 auf 475 Mio.US\$, die Militärhilfe von 300 auf 425 Mio.US\$ erhöht.

SINGAPUR. Am 1.3. wurde der amerikanische Journalist Patrick Smith, Korrespondent der "Far Eastern Economic Review" wegen der Regierung nicht genehmer Berichterstattung ausgewiesen. Die Pressefreiheit wird zunehmend mehr eingeschränkt.

Am 12.4. setzte Premierminister Lee Kuan Yew den Vorsitzenden des "National Trade Union Congress", Lim Chee Onn, ab.

Am 7.5. gab der 2. Stellv. Premierminister S. Rajaratnam bekannt, daß Waffenlieferungen Singapurs an die Sann-Anhänger in Kambodscha erfolgt, an die Sihanouk-Gruppe geplant, aber an die Roten Khmer ausgeschlossen seien.

Am 19.5. wurde Asiens erstes Retorten-Baby in Singapur geboren.

THAILAND. 1. Hälfte März Demonstrationen und Hungerstreiks gegen Verfassungsänderungs-Plan. Die Verfassungsänderung, die einen Machtzuwachs des Militärs bedeutete hätte, verfehlte am 16.3. im Parlament um zehn Stimmen die erforderliche Mehrheit von 264 Stimmen. Dieses Ergebnis

war eine Niederlage des Armee-Oberbefehlshabers General Arthit Kamlang-Ek.

Am 16.3. bombardierten die thailändische und malaysische Luftwaffe gemeinsam kommunistische Stützpunkte im thailändisch-malaysischen Grenzgebiet.

Am 19.3. löste Ministerpräsident Prem auf Betreiben der Streitkräfte das Parlament auf und setzte Neuwahlen für den 18.4. fest; die kurze Wahlkampfzeit erlaubte es den politischen Parteien kaum, im ländlichen Bereich Wahlwerbung zu betreiben; Demonstrationen für und gegen diese Entscheidung.

Am 23.3. wurde der Arbeiterführer Kamphoon Wongkhan von Unbekannten erschossen. Prawat Nienpak, Parlamentskandidat der "Social Action Party" wurde am 8.4. ermordet. Der Kandidat der "Democrat Party" Uthai Jaipong fiel am 14.4. einem Bombenattentat zum Opfer.

Anfang April setzte Thailand verstärkt seine Luftwaffe, Artillerie und Panzerverbände gegen vietnamesische Soldaten im thailändisch-kambodschanischen Grenzgebiet ein; es wurde u.a. auch Napalm abgeworfen; die USA intensivierten ihre Militärhilfe an Bangkok; Mitte April flauten die Kämpfe wieder ab.

An den Unterhauswahlen am 18.4. beteiligten sich 53% der etwa 25 Mio. Wahlberechtigten, die höchste Wahlbeteiligung seit über 20 Jahren. Die Zentrumsparteien gewannen Mandate hinzu: Die "Social Action Party" kam von 83 auf 94, die "Chart Thai" von 38 auf 73 und die "Democrat Party" von 32 auf 55 Abgeordnete; die von Samak Sundaravej geführte rechts-gerichtete (d.h. die vom Militär gewünschte Verfassungsänderung unterstützende) "Prachakorn Phae" erreichte jetzt 35 statt bisher 32 der insgesamt 324 Sitze im Parlament.

Am 22.4. trat eine neue Verfassung in Kraft, nach der u.a. Beamte und Offiziere vor Übernahme eines politischen Amtes in den Ruhestand treten müssen; der Einfluß der ernannten 243 Senatoren (Oberhaus) soll geringer werden; eine neue Wahlordnung soll die großen Parteien und damit die Mehrheits- und Regierungsbildung begünstigen; mit erneuter Einbringung von Verfassungsänderungsanträgen wird gerechnet.

Am 26.4., auf der konstituierenden Sitzung des am 18.4. gewählten Unterhauses, erklärte Ministerpräsident Prem seinen Rücktritt. Der Ex-General erklärte zur allgemeinen Überraschung, er wolle nicht für eine zweite Amtszeit kandidieren, Thailand solle einen aus freien Wahlen hervorgegangenen zivilen Parteivorsitzenden als Ministerpräsidenten erhalten. Nachdem viele Politiker, u.a. der Ex-Ministerprä-

sident und Vorsitzende der "Social Action Party" Kukrit Pramroj, und wahrscheinlich auch Generäle und König Bhumipol Prem baten, erneut zu kandidieren, um die Gefahr von Auseinandersetzungen zu vermeiden, erklärte sich dieser dazu bereit. Am 30.4. wurde er für weitere vier Jahre zum Ministerpräsidenten gewählt.

Am 30.4. kaufte die Fluggesellschaft "Thai International" nun doch für 89 Mio.US\$ zwei Airbus A300-600 und nicht, wie im Sept.82 entschieden, die Boeing 767; intensive diplomatische Bemühungen und ein Preisnachlaß der Europäer von 20 Mio.US\$ waren der neuen Entscheidung vorausgegangen.

Am 7.5. wurde das neue 44köpfige Kabinett aus vier Koalitionsparteien vorgestellt; der Regierung gehören an: 15 Minister der "Social Action Party", 9 der "Democrat Party", 6 der "Prachakorn Thai", 3 der "National Democracy Party" (Vorsitzender: Ex-Ministerpräsident Kriangsak) und 10 Vertraute des Ministerpräsidenten Prem. Die bisher an der Regierung beteiligte und zweitgrößte Fraktion im Parlament, die "Chart Thai", wurde in die Opposition gedrängt.

VIETNAM. Mitte April sollen an der chinesisch-vietnamesischen Grenze die schwersten Zwischenfälle seit vier Jahren stattgefunden haben; Hanoi und Peking beschuldigten sich gegenseitig der Aggression.

Am 20.4. appellierte "amnesty international" an die vietnamesische Regierung, jene Tausende von politischen Gefangenen freizulassen oder aber vor Gericht zu stellen, die zum Teil seit dem Ende des Vietnam-Kriegs vor acht Jahren inhaftiert sind; genaue Angaben über die Zahl der Gefangenen fehlen, man geht aber davon aus, daß mindestens 16.000 Menschen in "Umerziehungslagern" und weitere Tausende in Gefängnissen inhaftiert sind.

O S T A S I E N

VR CHINA. Am 2.3. Beginn der zweiten Runde der sowjetisch-chinesischen Konsultationen in Moskau.

Am 24.3. wurde vom Volkskongreß der Stadt Peking Chen Xitong zum Bürgermeister Pekings gewählt.

Die "People's Daily" berichtete am 26.3., daß die KP Chinas damit begonnen habe, aus ihren Reihen Dissidenten und korrupte Parteimitglieder auszuschließen.

Am 27.3. Besuch von Thomas O'Neill, Sprecher des US-amerikanischen Repräsentantenhauses.

Am 2.4. wurden zwei Hongkonger in das Provinzkomitee von Guangdong der Politischen Konsultativkonferenz gewählt; in das Nationale Komitee dieser Konferenz wurden am 8.5. 44 Vertreter Hongkongs berufen.

Am 6.4. protestierte Peking über seine Botschaft in Washington aufs schärfste gegen die amerikanische Asylgewährung für die chinesische Tennisspielerin Hu Na. Am 7.4. sagte die chinesische Regierung alle Sport- und Kulturveranstaltungen mit den USA für 1983 ab.

China widerrief am 15.4. die Landrechte für die niederländische Fluggesellschaft KLM, da diese einen regelmäßigen Flugdienst nach Taiwan aufgenommen hat.

KP-Generalsekretär Hu Yaobang empfing am 18.4. eine Delegation der französischen KP, am 24.4. eine der indischen KP/M.

Hu Yaobang besuchte Europa: vom 5.-9.5. Rumänien und vom 10.-14.5. Jugoslawien.

Am 11.5. zog sich Deng Xiaoping aus dem Nationalen Volkskongreß und aus dem Politischen Konsultativkomitee zurück.

Am 14.5. nahmen China und Lesotho diplomatische Beziehungen auf; am 16.5. unterzeichneten beide Länder ein Abkommen über technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Am 15.5. Besuch des pakistanischen Außenministers Yaqub Khan; am 21.5. von Norodom Sihanouk.

HONGKONG. Am 24.4. lief ein französischer Frachter mit 107 geretteten vietnamesischen Boat-People an Bord ein.

JAPAN. Am 21.3. demonstrierten etwa 10.000 Menschen in Sasebo gegen das Einlaufen des atomgetriebenen US-Flugzeugträgers Enterprise.

Am 29.3. konferierte der vietnamesische Vize-Außenminister Ha Van Lau mit seinem japanischen Kollegen Toshihiro Nakajima.

Am 3.4. Besuch des chinesischen Vize-Ministerpräsidenten Yao Yilin.

Die regierende Liberaldemokratische Partei mußte am 10.4. bei Kommunalwahlen in zwei Präfekturen (Fukuoka und Hokkaido) Niederlagen hinnehmen, in elf Präfekturen erreichte sie die Mehrheit.

Mitte April wurde ein KGB-Agent in Tokyo enttarnt.

Am 26.5. wurden im Nordosten Honshus durch ein starkes Erdbeben und eine verheerende Flutwelle mindestens 60 Menschen getötet und 93 verletzt.

SÜD-KOREA. Mitte April erneute Studentenunruhen.

Am 5.5. wurde eine auf einem Inlandflug befindliche Zivilmaschine der VR China mit 105 Menschen an Bord nach Süd-Korea entführt; am 7.5. wurden anlässlich der Flugzeugentführung erstmals direkte Gespräche zwischen Peking und Seoul geführt; am 10.5. kehrten 95 Passagiere und die Besatzung nach China zurück; am 24.5. wurden die sechs chinesischen Flugzeugentführer wegen Angriffs auf den zivilen Flugverkehr und illegalen Waffenbesitzes in Seoul angeklagt (Höchststrafe: Todesstrafe, Mindeststrafe: sieben Jahre Haft); die süd-koreanische Regierung hat Peking aufgefordert, Prozeßbeobachter zu entsenden.

Am 18.5. trat der ehemalige Oppositionsführer Kim Young Sam als Kampf für demokratische Reformen in einen unbefristeten Hungerstreik; am 25.5. mußte Kim Young Sam in ein Krankenhaus eingeliefert werden.

S Ü D P A Z I F I K

AUSTRALIEN. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 5.3. siegte die oppositionelle Labor-Party unter Bob Hawke, der Premierminister wurde; der Wahl-Verlierer, der bisherige Premierminister Fraser, trat als Vorsitzender der Liberal Party zurück, sein Nachfolger als Parteivorsitzender wurde am 11.3. Andrew Peacock.

Am 8.3. wurde der australische Dollar um 10% abgewertet; daraufhin werteten Neuseeland um 6% und Papua-Neuguinea um 5,5% ab.

Das amtliche Endergebnis der Wahl ergab am 25.3., daß der erste eingeborene Parlamentarier, Senator Neville Bonner, seinen Sitz im Oberhaus verlor.

Ab 17.4. Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang.

Am 12.5. und 26.5. protestierte die australische Regierung aufs schärfste gegen die französischen Atombombenversuche im Pazifik.

Am 31.5. gab die australische Regierung die Normalisierung ihrer Beziehungen zur Sowjetunion bekannt; alle Einschränkungen im Bereich der amtlichen Kontakte entfallen.